

### 1. Tiere in der Landwirtschaft

*Die leidvolle Schlachtung von Tieren war in jüngerer Vergangenheit wiederholt Gegenstand von bundesweiten Medienberichten. Fehlbetäubungen sind Studien zufolge an der Tagesordnung (BT-DS 17/10021).*

*Eine Antwort der Bundesregierung (BT-DS 19/3195) ergab 2018, dass tierhaltende Agrarbetriebe in Sachsen-Anhalt im Durchschnitt nur alle 24,4 Jahre durch Amtstierärzte kontrolliert werden.*

- a) *Wird sich Ihre Partei durch konsequente Maßnahmen dafür einsetzen, dass Tierleid und Missstände in den Schlachtbetrieben des Landes ausgeschlossen werden?*

Um Tierschutzmaßnahmen zu überprüfen hilft nur eines: Kontrollieren, kontrollieren und nochmal kontrollieren. Hierzu müssen wir die Personal- und auch die Kontrolldichte erhöhen. Generell müssen die Rahmenbedingungen in den Schlachtbetrieben verbessert werden. Auch für Arbeitnehmer\*innen. Dafür setzen wir uns auf der Bundesebene ein.

- b) *Befürwortet Ihre Partei mindestens einmal pro Jahr umfassende Kontrollen von tierhaltenden Agrarbetrieben durch Amtsveterinäre verbunden mit einer entsprechenden Aufstockung der Kapazitäten?*

Die oben genannte Kontrolldichte von 24,4 Jahren ist zu gering. Wir benötigen eine Aufstockung der Kapazitäten und mehr Amtstierärzte. Um Tierleid zu minimieren, sind umfassendere Kontrollen notwendig. Eine verpflichtende Regelung ist sinnvoll und muss geprüft werden.

### 2. Verbandsklagerecht für Tierschutzorganisationen

*In mehreren Bundesländern existiert bereits ein Verbandsklagerecht für Tierschutzorganisationen.*

- a) *Wird sich Ihre Partei für ein Verbandsklagerecht in Sachsen-Anhalt für anerkannte Tierschutzorganisationen einsetzen?*

Die Einführung eines Verbandsklagerechts für anerkannte Tierschutzorganisationen ist derzeit nicht geplant.

### 3. Ernährung und Bildung

*Der durchschnittliche Konsum tierischer Nahrungsmittel liegt in Deutschland auf einem im internationalen Vergleich hohen Niveau. Dies fördert neben Tierleid auch sogenannte Zivilisationskrankheiten. Zudem zählt die Produktion tierischer Nahrungsmittel zu den umwelt- und klimaschädlichsten Industrien.*

- a) *Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass zumindest in Einrichtungen der öffentlichen Hand täglich ein veganes Gericht zur Auswahl steht?*

Die Qualität der Nahrungserzeugung und die damit verbundenen Auswirkungen auf Klima und Umwelt spielt für immer mehr Menschen eine Rolle. Die Cafeterien die sich in Einrichtungen der öffentlichen Hand befinden, reagieren darauf und passen ihre Angebote entsprechend an. In der Kita- und Schulversorgung wirken wir auf eine Verpflegung hin, die den Standards der Deutschen Gesellschaft für Ernährung entspricht.

- b) *Befürwortet Ihre Partei die Verankerung des Tierschutzes inklusive ernährungs- und umweltwissenschaftlicher Aspekte im Bildungsplan von Sachsen-Anhalt?*

Veränderungen des Bildungsplanes sind im Moment nicht geplant.

#### 4. Tierversuche / Tierverbrauch in der Lehre

*Tierversuche sind oftmals mit erheblichen Leiden für die Tiere verbunden. Die Ergebnisse lassen sich kaum auf den Menschen übertragen. Auch im Rahmen der Lehre an Universitäten, insbesondere für Sezierkurse, werden viele tausend Tiere „verbraucht“ – obwohl einige Universitäten in Deutschland bereits jetzt moderne Biologie- oder Medizin-Studiengänge anbieten, ohne dass Tiere dafür getötet werden.*

- a) *Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass der Tierverbrauch für die Lehre in den Bildungseinrichtungen in Sachsen-Anhalt beendet und durch moderne Methoden ersetzt wird?*

Der Tierschutz und das Tierwohl sind wichtige Themen für die SPD. Das Ziel der Reduzierung von Tierversuchen und die Anwendung von Alternativmethoden wird daher von der SPD Sachsen-Anhalt verfolgt. In der letzten Novelle des Landeshochschulgesetzes haben wir eine Regelung festgeschrieben, die u.a. vorsieht, dass in der Lehre auf die Verwendung von eigens hierfür getöteten Tieren verzichtet werden soll „sofern wissenschaftlich gleichwertige Lehrmethoden und -materialien zur Verfügung stehen und die mit dem Studium bezweckte Berufsbefähigung dies zulässt.“ Auch kann beantragt werden, dass einzelne Studien- oder Prüfungsleistungen ohne die Verwendung eigens hierfür getöteter Tiere erbracht werden.

- b) *Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass die Tierversuchs-Kommissionen des Landes verpflichtend paritätisch zu 50 Prozent aus Wissenschaftlern und 50 Prozent aus Mitgliedern von Tierschutzorganisationen besetzt wird?*

Eine Änderung der Zusammensetzung der Tierversuchs-Kommissionen ist momentan aus Sicht der SPD nicht notwendig.

#### 5. Jagdgesetz/Jagdpraktiken

*Gemäß Landesjagdgesetz sind in Sachsen-Anhalt einige tierschutzwidrige Jagdpraktiken erlaubt, die in anderen Bundesländern im Zuge von Novellierungen verboten wurden. Totschlagfallen stehen in der Kritik, auch artgeschützte Tiere zu fangen sowie Tiere teilweise nicht sofort zu töten. Dies kann zu langanhaltendem und schwerem Leid führen. Bei der Baujagd werden Füchse – oft über einen längeren Zeitraum – in Todesangst versetzt. Dabei kann es zu schweren Kämpfen zwischen Hund und Wildtier kommen, bei denen sich beide Tiere ineinander verbeißen und schwer verletzen. In einigen Bundesländern sind die beiden vorgenannten Jagdpraktiken bereits weitgehend verboten.*

- a) *Wird sich Ihre Partei für eine Novellierung des Landesjagdgesetzes nach tierfreundlichen und ökologischen Kriterien einsetzen?*

Ja. So streben wir ein zügiges Verbot bleihaltiger Munition in Gewässernähe an. Etliche Wasservögel verenden jedes Jahr an zurückgelassener bleihaltiger Munition. Da sich die Alternativen in vielen Praxistests bewährt haben, kann so Tierleid vermieden werden.

- b) *Wird sich Ihre Partei für ein Verbot von Totschlagfallen einsetzen?*

Diesbezügliche Änderungen des Landesjagdgesetzes sind momentan nicht geplant.

c) *Wird sich Ihre Partei für ein Verbot der Baujagd einsetzen?*

Diesbezügliche Änderungen des Landesjagdgesetzes sind momentan nicht geplant.

## 6. Jagd auf Füchse

*In Sachsen-Anhalt töten Jäger jedes Jahr über 15.000 Füchse ohne den vom Tierschutzgesetz geforderten vernünftigen Grund. Ökologische, gesundheitsrelevante oder wildbiologische Argumente für die flächendeckenden Fuchstötungen liegen nicht vor. Vielmehr werden Füchse als Jagdkonkurrenten angesehen oder im Rahmen der Hobbyjagd als Freizeitbeschäftigung getötet. Luxemburg führte 2015 ein Verbot der Fuchsjagd ein, das aufgrund der positiven Erfahrungen verlängert wurde und weiterhin Bestand hat.*

a) *Wird sich Ihre Partei in der kommenden Legislaturperiode dafür einsetzen, dass Füchse in Sachsen-Anhalt nicht mehr flächendeckend getötet werden dürfen?*

Aus Sicht der SPD Sachsen-Anhalt sehen wir hier im Moment keinen Regelungsbedarf.

## 7. Förderung von Pelzprodukten

*In der laufenden Legislaturperiode förderte das Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft und Energie (MULE) in Sachsen-Anhalt die „Produktion“ von Wildtierfellen – vorwiegend von Füchsen –, indem der Fellwechsel GmbH Gefriertruhen und Kühlcontainer im Wert von 100.000 Euro zur Verfügung gestellt wurden.*

a) *Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass Projekte zur Pelzproduktion nicht mehr durch das Land unterstützt werden?*

Die Förderung besteht, um einen Anreiz für die Bejagung des Waschbären zu schaffen. Beim Waschbären handelt es sich um eine invasive Art, deren Ausbreitung verlangsamt werden soll.

## 8. Heimtierhaltung/Gefahren

*Niedersachsen hat 2013 den „Hundeführerschein“ als verpflichtenden Sachkundenachweis für angehende Hundehalter eingeführt. Durch das vermittelte Wissen werden eine tiergerechte Haltung gefördert, Spontankäufe und damit einhergehende Abgaben an Tierheime reduziert sowie vor allem die Anzahl an Beißvorfällen gesenkt.*

*Zahlreiche Bundesländer wie Hessen und Berlin haben durch ein Gefahrtiergesetz die Privathaltung von gefährlichen exotischen Tieren verboten. In Sachsen-Anhalt existiert kein solches Gesetz.*

a) *Wird sich Ihre Partei für die Einführung eines verpflichtenden Sachkundenachweises für angehende Hundehalter einsetzen?*

Ja. Wir werden uns für die Einführung eines Hundeführerscheins einsetzen. Die Kosten dafür sollen vom Land getragen werden

b) *Wird Ihre Partei die Einführung eines Gefahrtiergesetzes auf den Weg bringen?*

Ja, wir streben ein landesweites Wildtierverbot in Zirkussen und für Privatpersonen an.

## 9. Wettangeln/Schutz von Fischen

*Wettfischen wird inzwischen von vielen Staatsanwaltschaften und Gerichten als strafbar angesehen – auch dann, wenn die Fische anschließend gegessen werden. Das Bundesministerium der Finanzen hat in einem Schreiben vom 25.09.1991 festgehalten: „Wettfischveranstaltungen sind grundsätzlich als nicht mit dem Tierschutzgesetz und mit der Gemeinnützigkeit vereinbar anzusehen.“*

- a) *Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass ein landesweites gesetzliches Verbot von Wettfischveranstaltungen (‘Königsfischen’, ‘Pokalangeln’ u. a.) auf den Weg gebracht wird?*

Wir werden den Sachverhalt näher betrachten und prüfen inwieweit Regelungsbedarf besteht.

- b) *Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass in Landesgewässern Wasserschutzgebiete ausgewiesen werden, in der jeglicher Fischfang verboten ist?*

Ein entsprechender Regelungsbedarf wird derzeit nicht gesehen. Wir schätzen den Beitrag der Angler\*innen zum Gewässerschutz und zur Hege und Pflege. In dieser Wahlperiode hatten wir in Sachsen-Anhalt die schwierige Aufgabe, die Natura 2000-Verordnung in Landesrecht zu gießen. Bei der Verordnung haben wir die Belange des Naturschutzes und die Belange der Angler\*innen sorgfältig gegeneinander abgewogen und eine Lösung gefunden, mit der alle leben können.

## 10. Tiere in Zoos

*Die Haltung von besonders sensiblen Wildtierarten wie Menschenaffen, Großkatzen oder Elefanten in Zoos wird gesellschaftlich immer kritischer gesehen.*

- a) *Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen – beispielsweise durch eine Initiative Sachsen-Anhalts im Bundesrat –, dass die Haltung von bestimmten Tierarten in Zoos durch ein Nachstellverbot ausläuft?*

Zoologische Gärten sind heutzutage Bildungs- und Forschungseinrichtungen. Hier werden wissenschaftliche Erkenntnisse gewonnen. Die Zoos sind naturnah gestaltet oder werden entsprechend umgestaltet. Tierwohl spielt hier eine wichtige Rolle. Daher planen wir derzeit keine Bundesratsinitiativen zum Thema Nachstellverbot.